

# Infoparlement

## NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ FRÜHJAHRSSSESSION 2016

*Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlement eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Frühjahrsession des National- und Ständerats zu überreichen. Während dieser Session wird eine Vielzahl wichtiger aussenpolitischer Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.*



---

Tel. 031 302 35 36

Scheibenstrasse 29, Postfach 481  
3000 Bern 22

[www.europa.ch](http://www.europa.ch)  
[info@europa.ch](mailto:info@europa.ch)

---

Für die Nebs sind in dieser Session drei Bereiche entscheidend:

- **Der Erhalt der Personenfreizügigkeit zum Wohle der Schweiz**

Durch die Annahme der sogenannten «Masseneinwanderungsinitiative» befindet sich die Schweiz europapolitisch seit nunmehr zwei Jahren in Sachen Umsetzung und Auswirkung in unsicherem Umfeld. Mehrere Motionen beschäftigen sich dieses Mal mit der bereits heute bestehenden Unterversorgung an Arbeitskräften (Mo 14.3162 und Mo 14.3228). Diese Situation könnte sich durch eine strenge Auslegung der sog. «MEI» weiter verschärfen. Auch der Forschungsstandort Schweiz ist von den gegenwärtigen Unsicherheiten direkt in Mitleidenschaft gezogen worden. Eine Motion für eine qualitativ hochwertige, transnationale Bildungskooperation steht deshalb ebenso zur Debatte (14.3103).

Eingebrachte Geschäfte der Schweizerischen Volkspartei beabsichtigen das bereits angespannte Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiter zu belasten; letztendlich provozieren einige Motionen sogar direkt die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (Mo 14.3071 und Mo 14.3076). Diesen Provokationen, die der Schweiz langfristig zum Nachteil gereicht wären, bedürfen einer nüchternen Behandlung. Das Postulat 15.4009 („Allfällige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Kosten für die Schweizer Wirtschaft“) kann dazu einen wertvollen Beitrag liefern. Die Nebs möchte einmal mehr darauf hinweisen, dass der Mehrwert des Europäischen Einigungsprozess auch jenseits eines ökonomischen Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu sehen ist. Eine De-Integration und Abbau des bisher Erreichten gleicht einem Schritt ins Ungewisse mit nicht abschätzbaren Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft.

- **Das Schengen-Abkommen als zentraler Baustein des wirtschaftlichen Erfolgs bewahren**

Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied des Schengen/Dublin-Raumes. Aus dieser Mitgliedschaft ergeben sich Privilegien, wie die Reisefreiheit ohne systematische Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen. Ein Rückfall in die Zeit vor dem Schengenbeitritt, in eine Zeit mit starken Grenzkontrollen, würde die Schweizerische Gesellschaft und Wirtschaft hart treffen. Vor allem die Grenzkantone würden durch den Rückstau auf den Strassen die negativen Folgen direkt zu spüren bekommen. Erinnerung sei an den Beitritt Italiens zu Schengen im Jahr 1997. Die direkte Folge waren kilometerlange Staus aufgrund intensiver Kontrollen an der „Schengenaussengrenze Schweiz“. Doch auch indirekte Effekte, wie lange Wartezeiten an den Grenzübergängen führen zu Verwerfungen unter anderem in der

Logistik- und Tourismusbranche. Kurz: Die Aushöhlung Schengens sägt am wirtschaftlichen Wohlstand der Schweiz.

Die Teilnahme am Schengenraum beinhaltet allerdings auch Pflichten. Derzeit werden angesichts der Flüchtlingsnot in einigen EU-Staaten die Einführung von permanenten Grenzkontrollen diskutiert. Nationale Lösungsversuche sind jedoch nur Flickschusterei und werden der kontinentalen Aufgabenstellung nicht gerecht. Auch hier kann es nur eine tragfähige, und unterm Strich kostengünstige, Lösung auf europäischer Ebene geben.

- **EU-Wirtschaftsaussenpolitik entscheidend für Schweizer Wirtschaft**

Die derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der EU und der USA über das Handels- und Dienstleistungsabkommen (TTIP) wirken sich bei erfolgreichem Abschluss auch auf den Wirtschaftsstandort Schweiz aus. Zwei Drittel aller Handelsbeziehungen wickelt die Schweiz mit in der EU und in den USA ansässigen Geschäftspartnern ab. Die Schweiz hat also ein fundamentales Interesse, beim Abschluss der Verhandlungen nicht benachteiligt zu werden. Die sektoriellen Abkommen mit der EU ermöglichen der Schweiz jedoch keinerlei politische Einflussnahme auf die Verhandlungsstrategien der Europäischen Kommission. Nicht auszuschliessen ist deshalb die Situation, dass der Abbau von Handelshemmnissen zwischen der USA und der EU dazu führt, dass Handelsströme von der Schweiz weg führen und künftig direkt zwischen Anbietern und Produzenten über den Atlantik fliessen. Einmal mehr stellt sich die Frage, ob in diesem grossen transatlantischen Umfeld die Schweiz genügend Argumente für den bisherigen Kurs des Abseitsstehens von der EU finden wird.

## KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte **mit fettem Text** gekennzeichnet.

1. Woche		
29/02/2016, 14h30-20h00	NR	BR. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Protokoll Nr. 15. Genehmigung ( <u>15.030</u> )
	NR	Europäisches Auslieferungsübereinkommen. Genehmigung des dritten und vierten Zusatzprotokolls ( <u>15.038</u> )
	SR	Ip. Stöckli. Folgen der Ablehnung oder Annahme der Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer ( <u>15.4261</u> )
	NR	Mo. Nationalrat (Caroni). Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter ( <u>15.3557</u> )
	NR	<b>Po. Pfister Gerhard. Freihandel zwischen der EU und den USA. Opportunitätsstrategie der Schweiz (<u>14.4186</u>)</b>
	NR	<b>Po. Regazzi. Allfällige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Kosten für die Schweizer Wirtschaft (<u>15.4009</u>)</b>
	NR	Mo. Fraktion S. Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz gegen Liga-Abstieg sichern ( <u>14.3103</u> )
	NR	<b>Mo. Schmid-Federer. Anreize zur Verminderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen schaffen (<u>14.3162</u>)</b>
	NR	Po. Schenker Silvia. Ausländisches Personal im Gesundheitswesen. Situationsanalyse und Massnahmen ( <u>14.3228</u> )
	NR	Po. Fraktion G. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Ökologische und soziale Standards der Schweiz bewahren ( <u>14.3314</u> )
	NR	Mo. Fraktion G. Tisa-Verhandlungen. Der Service public ist nicht verhandelbar ( <u>14.3368</u> )
	NR	Mo. Rösti. Gleich lange Spiesse für die inländische Nahrungsmittelproduktion und für Nahrungsmittelimporte ( <u>14.3506</u> )

01/03/2016, 08h00-13h00	NR	BR. Aussenpolitischer Bericht 2015 ( <u>16.009</u> )
	NR	<b>Po. Fraktion S. Die Europadiskussion neu eröffnen (<u>14.3121</u>)</b>
	NR	Mo. Reimann Lukas. EU-Beitrittsgesuch. Klarheit schaffen ( <u>14.3219</u> )
	NR	Mo. Aebi Andreas. Primäre aussenpolitische Zielsetzung für die Schweiz ( <u>14.3619</u> )
	NR	<b>Mo. Fraktion S. Rahmenabkommen Schweiz/EU. Schaffung eines parlamentarischen Verbindungsbüros in Brüssel (<u>14.3646</u>)</b>
03/03/2016, 08h00-14h00	NR	Po. Fraktion V. Zuwanderung in die Sozialwerke verhindern ( <u>14.3070</u> )
	NR	Mo. Fraktion V. Einschränkung des Familiennachzugs für Personen aus der EU ( <u>14.3071</u> )
	NR	Mo. Fraktion V. Keine Sozial- und Nothilfe für stellensuchende Einwanderer ( <u>14.3072</u> )
	NR	Mo. Fraktion V. Aufenthaltsbewilligungen für EU-Bürger infolge von Arbeitsverträgen ( <u>14.3074</u> )
	NR	Mo. Fraktion V. Grenzgängerezustrom einschränken ( <u>14.3076</u> )
	NR	Mo. Brand. Umsetzung der Volksinitiative "gegen Masseneinwanderung" über eine Revision des Freizügigkeitsabkommens ( <u>14.3091</u> )
	NR	Mo. Reimann Lukas. Sicherung des Lebensunterhalts als Voraussetzung für die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln ( <u>14.3218</u> )
2. Woche		
08/03/2016 08h00 - 13h00	NR	Mo. Schelbert. Die Schweiz muss helfen, Steueroasen auszutrocknen ( <u>14.3056</u> )

09/03/2016, 08h00-13h00	NR	Mo. Ständerat (Hess Hans). Das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Wirkung bringen ( <u>15.3631</u> )
	SR	Ermächtigungsgesetz zum AETR. Änderung ( <u>15.061</u> )
10/03/2016, 08h00-15h00	SR	Standesinitiative (VD): «Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Verhandlungsabbruch» (12.300).
	SR	Po. Fournier. Weshalb ist die Schweiz eine Hochpreisinsel? Und was kann dagegen unternommen werden? ( <u>15.4159</u> )
	SR	Ip. Bischof. Fehlende Ingenieure. Importieren oder ausbilden? ( <u>15.4262</u> )
3. Woche		
14/03/2016 14h30 – 20h00	SR	Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Änderung ( <u>15.081</u> )
	NR	40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187) ( <u>15.055</u> )
17/03/2016 08h00 – 13h00	NR	Pa.Iv. Rusconi. Haltung und Produktion bei importiertem Fleisch und Fisch deklarieren (WBK) Iv.pa. Rusconi. ( <u>13.449</u> )
	NR	<b>Pa.Iv. Reimann Lukas. Stärkung der Sicherheit. Wiedereinführung und Verstärkung der Grenzkontrollen (SiK) (<u>15.443</u>)</b>
	NR	Pa.Iv. Reimann Lukas. Parlamentsgesetz. Unabhängige Rechtsvergleichung statt EU-Kompatibilitätsprüfung bzw. EU-Rechtsangleichung (SPK) ( <u>15.462</u> )

## WICHTIGE GESCHÄFTE

### NATIONALRAT

➤ Montag 29. Februar 2016, 14:30-20:00

**Postulat Gerhard Pfister, CVP:** «Freihandel zwischen der EU und den USA. Opportunitätsstrategie der Schweiz» ([14.4186](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der die Strategie der Schweiz aufzeigt, wenn die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA und das neue Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Tisa) zustande kommen sollten. Die Strategie soll auf die Chancen und Opportunitäten fokussiert sein, die sich für die Schweizer Wirtschaft bei den beiden Abkommen ergeben können.»

*Kommentar: Zweidrittel aller Exporte verkauft die Schweiz in die EU bzw. in die USA. Der Abschluss des TTIP-Abkommens ist aus diesem Grund für die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik von weitreichender Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren TTIP zur Ratifikation freigegeben wird. Die Positionierung der Schweiz zum TTIP wird in eine Zeit fallen, in der es grundsätzliche Fragen zur weiteren wirtschaftlichen Kooperation bzw. Integration in den Europäischen Binnenmarkt zu beantworten gilt. Eine rechtzeitige Behandlung in den Gremien ist deshalb begrüßenswert.*

*Die Nebs empfiehlt die Annahme des Postulats*

➤ **Postulat Regazzi Fabio, CVP:** «Allfällige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Kosten für die Schweizer Wirtschaft» ([15.4009](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, die direkten und indirekten Folgen zu prüfen und zu berechnen, die sich für die Schweizer Wirtschaft ergeben würden, falls die bilateralen Abkommen mit der EU oder ein Teil von ihnen - nämlich die, die bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ausser Kraft treten - wegfallen würden»

*Kommentar: Der isolationistischen Parolen der vergangenen Jahre und der Glaube an den Sonderfall Schweiz, der keine Kooperation mit der EU benötigt, hat ein Klima*

*der Unsicherheit geschaffen. Eine Kündigung des FZA ist durch die angenommene sog. «Masseneinwanderungsinitiative» von 2014 nicht ausgeschlossen. Die Zuwanderung ist die Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolges der Schweiz. Nun soll diese Arbeitnehmerfreizügigkeit durch Kontingente gedrosselt werden. Die Erstellung einer ökonomischen Vorausschau der potentiellen Kosten ist mehr als notwendig, um den Schaden begreifen zu können. Der zugefügte Imageschaden der «kleinen, offenen Volkswirtschaft Schweiz», wird sich jedoch kaum in Franken und Rappen bemessen lassen.*

*Die Nebs empfiehlt die Annahme des Postulats*



**Motion Barbara Schmid-Federer, CVP:** «Anreize zur Verminderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen schaffen» ([14.3162](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text : «Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Wirtschaft die seit Jahren identifizierten Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich des Nachwuchses im Gesundheitswesen rasch umzusetzen und die identifizierten Potenziale im Inland diesbezüglich bestmöglich zu aktivieren und weitere Anreize zur Verminderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen zu schaffen.»

*Kommentar: Die Motion weist auf den Umstand hin, dass die Schweiz in einigen Branchen zu wenige Fachkräfte ausbildet. Ohne den Zuzug ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie den Grenzgängern blieben Stellen (wie z.B. im Gesundheitssektor) unbesetzt. Damit droht mindestens ein Qualitätseinbruch. Die Annahme und die Umsetzung der sog. «Masseneinwanderungsinitiative» verschärft diesen Umstand, weshalb die Politik hier im bildungspolitischen als auch im aussenwirtschaftlichen Bereich besonders gefordert sein wird zu handeln. Die vorliegende Motion (ebenso das Postulat Schenker 14.3228) kann deshalb als konstruktiven, parlamentarischen Lösungsansatz gesehen werden, Klarheit über bestehende inländische Potentiale zu bekommen und die Wichtigkeit, weiterhin den ausländischen Fachkräftezuzug zu ermöglichen.*

*Die Nebs empfiehlt die Annahme der Motion*



Dienstag 01. März 2016, 08:00-13:00



**Postulat der Sozialdemokratischen Fraktion:** «Die Europadiskussion neu eröffnen» ([14.3121](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, nach dem Vorbild des Integrationsberichtes von 1999 eine vergleichende Analyse möglicher Auswirkungen der Fortsetzung des Bilateralismus mit oder ohne neue institutionelle Lösung und eines EU-Beitrittes auf die Schweiz vorzulegen.»

*Kommentar: Bislang galt die sektorielle Verzahnung der schweizerischen Wirtschaft mit dem EU-Binnenmarkt als «Königsweg» der Integration. Bereits vor dem 09. Februar 2014 zeichnete sich jedoch ab, dass diese statischen Abkommen einer Anpassung, Änderung oder gar gleich einer kompletten Überarbeitung bedürfen. Das Postulat der SP-Fraktion im NR trägt dieser Beobachtung Rechnung. Die ParlamentarierInnen haben nun die Chance, den Bundesrat damit zu beauftragen mit undogmatischen Szenarien der wichtigen Debatte über die Zukunft der Schweiz in Europa neuen Schwung zu geben. Die Grundsatzdebatte lohnt sich zu führen, da ein weiteres, dogmatisches Festhalten am «Bilateralen Weg» qualitativ anderen möglichen Optionen unterlegen sein kann.*

*Die Nebs empfiehlt die Annahme des Postulats*



**Motion SP (Eric Nussbaumer):** «Rahmenabkommen Schweiz/EU. Schaffung eines parlamentarischen Verbindungsbüros in Brüssel» ([14.3646](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Gleichzeitig mit der Botschaft zu einem allfälligen institutionellen Rahmenabkommen Schweiz/EU wird die gesetzliche Grundlage für die Schaffung eines parlamentarischen Verbindungsbüros der Bundesversammlung bei der EU in die Vernehmlassung geschickt.»

*Kommentar: Das Parlament als Vertretung des Volkes in die Verhandlungen mit der EU rechtzeitig einzubinden, ist ein vielversprechender Ansatz. Das europäische Parlament hat in den letzten Jahren stetige Kompetenzerweiterungen erlebt, weshalb eine frühzeitige Einbindung des Schweizerischen Pendantes als sinnvoll erscheint. Das Verbindungsbüro könnte in festgefahrenen Situationen dazu beitragen, parlamentarische Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Nebs begrüsst diese Motion.*

*Die Nebs empfiehlt die Annahme des Postulats*

*Freitag 17. März 2016, 08:00-13:00*



**Parlamentarische Initiative Lukas Reimann:** «Stärkung der Sicherheit. Wiedereinführung und Verstärkung von Grenzkontrollen» ([15.443](#)).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 57

...

Abs. 3

Die Schweiz kontrolliert ihre Grenzen eigenständig und systematisch.»

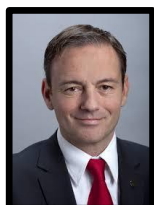
*Kommentar: Die Annahme von systematischen Grenzkontrollen bedeutet die Kündigung des Schengenabkommens. Der Schengenraum wurde eingeführt und das Leben der Menschen in Europa zu erleichtern und Wachstumspotentiale der Wirtschaft zu ermöglichen. Grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen ist ebenfalls ein zentraler Aspekt. Diesem wird im Schengener Informationssystem (SIS) Rechnung getragen. Transnationale Kriminalität wie Drogen- und Menschenhandel und Terrorismus machen nicht vor kleinstaatlichen Regelungen halt – im Gegenteil. Nur ein intelligentes, europaweites Sicherheitssystem kann dieser Kriminalität effektiv begegnen. Selbst Grossbritannien hat den Mehrwert einer solchen europaweiten Institution erkannt und beteiligt sich am SIS.*

*Im Januar diesen Jahres lehnte die Sicherheitspolitische Kommission des NR diese Initiative ab.*

*Die Nebs empfiehlt die Ablehnung der parlamentarischen Initiative.*

## Kontakt und Informationen

---



**Martin Naef**  
Co-Präsident der Nebs  
martin.naef@europa.ch



**François Cherix**  
Co-Präsident der Nebs  
francois.cherix@europa.ch



**Lukas Schürch**  
Generalsekretär der Nebs  
Tel. 031 302 35 36  
lukas.schuerch@europa.ch



**Caroline Iberg**  
Stv. Generalsekretärin der  
Nebs  
Tel. 031 302 35 36  
caroline.iberg@europa.ch

## Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481  
3000 Bern 22  
Tel. 031 302 35 36  
www.europa.ch

